



Detailansicht des Registereintrags

FINSOZ e. V.

Aktuell seit 04.12.2025 13:36:25

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R002189
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	04.12.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	23.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Ostseestraße 109 10409 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493042084513 E-Mail-Adressen: info@finsoz.de thordis.eckhardt@finsoz.de Webseiten: <u>www.finsoz.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,05

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Helmut Ristok**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Prof. Dr. Dietmar Wolff**
Funktion: Stellvertretender Vorstand
3. **Henning Gollmack**
Funktion: Stellvertretender Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **M.A. Thordis Eckhardt**
2. **Helmut Ristok**
3. **Prof. Dr. Dietmar Wolff**

Gesamtzahl der Mitglieder:

187 Mitglieder am 27.10.2025, davon:

26 natürliche Personen

161 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (3):

1. Deutscher Verein e. V.
2. Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft e. V.
3. AWW - Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (5):

Berufliche Bildung; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Sonstiges im Bereich "Medien, Kommunikation und Informationstechnik"; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Verfassen und Einreichen von Stellungnahmen zwecks Mitwirkung an Gesetzes- oder Verordnungsvorhaben, Ansprache von Entscheidungsträger:innen wie Mitgliedern des Bundestags, Fraktionen oder Ausschüssen, Informations- und Kommunikationsarbeit gegenüber politischen Akteur:innen, (Mit-)Organisation oder Teilnahme an Veranstaltungen mit politischen Entscheidungsträger:innen

Durchführung, Begleitung und Beratung von Forschungsprojekten und wissenschaftlichen Veranstaltungen auf dem Gebiet der Sozialinformatik; Sammlung und Bereitstellung relevanter Informationen für die Förderung sozialinformatischer Bildung und Forschung sowie die

wissenschaftliche Auswertung und zeitnahe Veröffentlichung der Daten; Maßnahmen zur Schulung, Fort- und Weiterbildung im Bereich der Sozialinformatik; Der Verband kann zudem die in der Wohlfahrtspflege tätigen steuerbegünstigten Organisationen und Unternehmen in Hinblick auf nutzbringende IT-Lösungen beraten und unterstützen; Verfassen und Einreichen von Stellungnahmen zwecks Mitwirkung an Gesetzes- oder Verordnungsvorhaben

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Verordnung zur Erstattungsfähigkeit digitaler Pflegeanwendungen (VDiPA) einführen

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Anpassung des Entwurfs der VDiPA-Verordnung durch insbesondere eine praktikable Ausgestaltung der Zulassungsanforderungen seitens des BfArM für die Software- und App-Hersteller von digitalen Pflegeanwendungen. Angestrebt werden u. a. transparente und vereinfachte Kriterien, die mit einem zeitlich und ökonomisch vertretbaren Aufwand realisierbar sind, um DiPA erstmalig in den Markt zu bringen.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

2. "Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz DigiG)" um die Profession der Pflege erweitern

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Ausgestaltung des Digital-Gesetzes (DigiG) unter Berücksichtigung des SGB XI und des systematischen Einbezug der Pflege, insbesondere der ambulanten, teilstationären und stationären Langzeitpflege. Angestrebt werden u. a. die Verankerung pflegerischer Digitalisierungsprozesse im SGB XI, die Berücksichtigung pflegespezifischer Anforderungen bei ePA, E-Rezept, Telemedizin und Interoperabilität, die Einbindung pflegfachlicher Expertise in die vorgesehenen Gremien und Strukturen und eines tragbaren und nachhaltigen Finanzierungskonzeptes.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

3. "Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz" um auskömmliche Finanzierung erweitern

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Anpassung des PUEG-Entwurfs im Hinblick auf digitale Verfahren in der Langzeitpflege. Angestrebt werden u. a. eine umsetzbare und finanziell abgesicherte TI-Anbindung der Pflegeeinrichtungen einschließlich verpflichtender Nutzung digitaler Kommunikationsdienste; bundeseinheitliche Schnittstellen und automatisierte Datenübermittlung für Pflege-Informationsportale; erweiterte Fördertatbestände für digitale Ausstattung und Qualifizierung; verbindliche Vergütungsregelungen für digitale Pflegeanwendungen; die rechtliche Ermöglichung vollständiger elektronischer Pflegedokumentation sowie eine fachlich ausgewogene Ausgestaltung und Steuerung des

neuen Kompetenzzentrums Digitalisierung und Pflege unter Einbezug der Profession der Pflege.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)

4. **"Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz (GDAG)" hinsichtlich Kompetenzerweiterungen überarbeiten**

Beschreibung:

Ziel der Interessenvertretung ist die Anpassung des GDAG-Entwurfs hinsichtlich der Rollen, Befugnisse und Steuerungsmechanismen der Digitalagentur Gesundheit. Angestrebt werden: klar abgegrenzte Aufgaben- und Eingriffsrechte, transparente Verfahren zur Aufgabenübertragung durch Rechtsverordnung, verbindliche Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen für die Pflege und für Hersteller pflegerischer Primärsysteme, einheitliche Regeln zur Steuerung, Zertifizierung und Störfallkommunikation in der Telematikinfrastruktur, die Sicherstellung marktkonformer Wettbewerbsbedingungen, die Einbindung der Pflege in Schlichtungs- und Entscheidungsstrukturen sowie praxistaugliche Vorgaben zur Datenbereitstellung, Interoperabilität und Systemverantwortung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

[BR-Drs. 377/24 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): [Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit \(Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG\) \(Vorgang\)](#)

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 20/13249 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit - (Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG)

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Zuvor:

Referentenentwurf (BMG): [Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung einer Digitalagentur für Gesundheit \(Gesundheits-Digitalagentur-Gesetz - GDAG\) \(Vorgang\)](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406270040](#) (PDF - 6 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 07.06.2024 an:

5. **"Pflegekompetenzgesetz - PKG" um Prozess- und Digitalkompetenzen ergänzen**

Beschreibung:

Angestrebt werden u. a. folgende Ergänzungen im PKG: Festschreibung von Entwicklung, Schulung und Nutzung von Prozess- und Digitalkompetenzen in der Pflegeprofession; die Anpassung der Kostenerstattungen für die von Software-Herstellern erbrachten Leistungen sowie die Absenkung wirtschaftlicher und organisatorischer Einstiegshürden für Hersteller; die Bereitstellung standardisierter Evaluationskonzepte; die Nutzung bestehender digitaler Schnittstellen für Prüf- und Kommunikationsprozesse; die Weiterentwicklung der Telepflegeregelungen sowie die verbindliche Einbindung digitaler Fachkompetenz in Modell- und Erprobungsvorhaben.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

210.001 bis 220.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Einnahmen_Ausgaben-Rechnung_Tatigkeitsbericht_2024_FINSOZ.pdf